



Empfehlungen der Bildungscoalition NGO

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Menschenrechte und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildung, Forschung und Innovation und entwickelt Empfehlungen zu bildungspolitischen Geschäften.

Geschäfte im Ständerat

<i>Datum</i>	<i>Vorlage</i>	<i>Empfehlung Bildungscoalition NGO</i>
	<i>Parlamentarische Vorstösse WBK</i>	
Dienstag, 18. September 2018	Parlamentarische Initiative WBK-NR (17.497) Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes	Der Parlamentarischen Initiative Folge geben
Mittwoch, 19. September 2018	Motion WBK-SR (18.3707) Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU/EFTA- und Drittstaaten Motion WBK-NR (16.3911) Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen	Annahme der Motion 18.3707 Annahme der Motion 16.3911

Positionen der Bildungscoalition NGO auf den folgenden Seiten.

17.497 Parl. Iv. WBK-NR

Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes

Inhalt der Vorlage

Die WBK-NR beantragt, das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung über den 31. Januar 2019 hinaus um vier zusätzliche Jahre zu verlängern. Ziel ist es, die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder zu fördern und den Eltern so zu ermöglichen, Familie und Beruf oder Ausbildung besser miteinander zu vereinbaren.

Position der Bildungscoalition

Im europäischen Vergleich sind in der Schweiz die Beiträge der öffentlichen Hand an die familienergänzende Kinderbetreuung verhältnismässig gering. Die Vergabe der Subventionen ist kantonal und kommunal geregelt, der Bund nimmt lediglich eine subsidiäre Rolle ein. Mit dem Impulsprogramm für Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung unterstützte der Bund in den vergangenen Jahren jene Kantone und Gemeinden, welche die Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung senken. Zudem fördert er Projekte, mit denen Betreuungsangebote besser auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern ausgerichtet werden. Trotz dieser Anstrengungen besteht in der Schweiz vielerorts weiterhin ein hoher Bedarf an Betreuungsplätzen. Insgesamt wurden seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes vor 15 Jahren 3'160 Gesuche bewilligt, wodurch die Schaffung von rund 57'400 neuen Betreuungsplätzen unterstützt wurde. Zwischen Februar 2017 und Januar 2018 sind erneut 262 Gesuche eingereicht worden. Würde das Impulsprogramm nicht verlängert, würde der Mangel an Betreuungsplätzen verstärkt.

Die familienergänzende Kinderbetreuung dient der Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der sozialen Integration und der Chancengleichheit. Zudem stellt die Schaffung von Betreuungsplätzen eine wichtige Massnahme für die Gleichstellung dar, da sie den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen fördert. Ferner leistet die familienergänzende Kinderbetreuung einen zentralen Beitrag zur frühkindlichen Bildung. Auch die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung fordert, bis 2030 sicherzustellen, dass „alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind“.

Aus diesen Gründen gilt es, das 2003 in Kraft getretene Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung um weitere vier Jahre zu verlängern.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:
Der Parlamentarischen Initiative Folge geben

18.3707 Motion WBK-SR

Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU/EFTA- und Drittstaaten

16.3911 Motion WBK-NR

Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II führen

Inhalt der Vorlage

In der *Motion 16.3911* forderte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-NR) Massnahmen zu ergreifen, um zugewanderte Jugendliche zum Abschluss auf der Sekundarstufe II zu führen. Solche Massnahmen wurden in der Integrationsagenda des Bundes vorgestellt, damit ist die Lücke des Bildungsangebots für spät zugewanderte jugendliche Asylbewerber geschlossen worden.

Handlungsbedarf erkannte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-SR) bei den Bildungsleistungen für Jugendliche, die über das Ausländerrecht (und nicht über das Asylrecht) in die Schweiz einwandern. Daher beauftragt sie den Bundesrat mit der *Motion 18.3707*, gemeinsam mit den Kantonen eine Lösung für die Integration von spät zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus EU/EFTA und Drittstaaten zu erarbeiten, die sich in der Zielsetzung an der Integrationsagenda orientiert.

Position der Bildungscoalition

In den letzten Jahren ist die Zahl von spät zugewanderten Jugendlichen in der Schweiz merklich gestiegen. In seiner Integrationsagenda setzt sich der Bund zum Ziel, dass 95 Prozent aller 25-Jährigen in der Schweiz über einen Abschluss auf der Sekundarstufe II verfügen. Dieses Ziel soll auch von spät zugewanderten Jugendlichen erreicht werden, welche eine rechtliche und persönliche Bleibeperspektive in der Schweiz haben.

Eine hochwertige Grund- und Berufsbildung ist wesentlich für die Verbesserung der Lebensbedingungen und Integration spät zugewanderter Jugendlicher und junger Erwachsener. Daher ist es notwendig, ihnen einen gleichberechtigten Zugang zum schweizerischen Bildungssystem zu ermöglichen.

Mit der Motion der WBK-SR wird nun auch diese Problematik für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene im Ausländerrecht angegangen.

Empfehlung der Bildungscoalition NGO:

Annahme der Motion 18.3707

Annahme der Motion 16.3911

Die Bildungscoalition NGO

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – Heks | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | Bildungswerkstatt Bergwald | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Greenpeace | Helvetas Swiss Intercooperation | humanrights.ch | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Peace Brigades International PBI | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV – CSAJ | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Stiftung myclimate | Stiftung SILVIVA | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO-UCE-UCS | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz